

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 376

Einwohnerratssitzung vom Montag, 25. August 2008, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Felix Knöpfel, Mirjam Dalcher, Rös Graf
Vorsitz	Christian Schäublin, Präsident
Protokoll	Joachim Maass, Bruno Helfenberger (Aufnahme)
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Teilrevision des Reglements über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) vom 24. Mai 2004, Bericht der Spezialkommission, 2. Lesung	2526
2.	Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten. Ein "Projet Urbain" für die Gemeinde Pratteln. Projektskizze	2558
3.	Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Nord, Mutation Nr. 13 „Schweizerhalle“	2556
4.	Totalrevision des Feuerwehreglements (FWR) – Reglement über den Bevölkerungsschutz in der Gemeinde Pratteln (BSR), 1. Lesung	2539
5.	Berichterstattung zum Postulat der SVP-Fraktion betr. „Vermehrtes Wohnen in der Kernzone“	2512
6.	Berichterstattung zum Postulat der SVP-Fraktion betr. „Prekäre und unsichere Platzverhältnisse vor Kreuzung Bahnhofstrasse zur Muttenerstrasse“	2514
7.	Interpellation von Christoph Zwahlen betr. „Lastwagenfahrverbot und Tempo 30 Durchsetzung“, schriftliche Beantwortung	2538
8.	Postulat der SVP-Fraktion betr. „Internes Kontrollsystem IKS“	2551
9.	Interpellation der SP-Fraktion betr. „Nachhaltige öffentliche Beschaffung aus fairem Handel“	2553
10.	Interpellation der Unabhängigen Pratteln betr. „Lidl“	2554
11.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Motion der CVP-Fraktion betr. „Strassenbeleuchtung auf der Südseite des neuen Bahnhofs „Salina Raurica“, entlang der Bahnlinie „Giebenacherstrasse“ bis zur Einmündung in die Ergolzstrasse“
 - Motion der SP-Fraktion betr. „Änderung des Jugendreglementes“
-

Geschäft Nr. 2526

Teilrevision des Reglements über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) vom 24. Mai 2004, Bericht der Spezialkommission, 2. Lesung

Aktenhinweise:

- Antrag des Gemeinderates vom 20. November 2007
- Antrag des Gemeinderates vom 8. April 2008
- Bericht zur Teilrevision des Behördenreglements vom 2. Juni 2008
- Fassung des Reglements nach der 1. Lesung vom 23. Juni 2008

Urs Hess als Kommissionspräsident: Die Änderungen der 1. Lesung sind nun eingeflossen und das geänderte Reglement liegt vor. Hierzu sind keine weiteren Ausführungen notwendig.

§ 2

Philippe Doppler: Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag:

- 1.) *§ 2 Abs. 1 Gemeinderat:*
 - a) *Gemeindepräsidium (Halbamt) inkl. Führung eines oder mehrerer Geschäftsbereiche Fr. 100'000.00*
- 2.) *Bei Annahme des Fixums des Gemeindepräsidiums von Fr. 100'000.00 wird der Besitzstand auf das aktuelle Fixum von Fr. 109'000.00 bis 30. Juni 2012 gewahrt.*

Weil bei der 1. Lesung möglicherweise die Besitzstandeswahrung zu wenig betont wurde, wird dieser Antrag erneut gestellt. Weiter: Das Salär des Präsidenten der Gemeinde Pratteln ist das höchste im Kanton. Wir können von den Einwohnern von Pratteln nicht einen der höchsten Gemeindesteuersätze im Kanton verlangen und gleichzeitig das Gemeindepräsidiumsgehalt hoch ansetzen. Das Gemeindepräsidium ist (hoch gerechnet auf ein Vollamt) gleich gut bezahlt wie ein Regierungsrat obwohl dieser mehr Personal unter sich hat. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, das eine Herabsetzung um CHF 9'000.00 nicht „alle Welt“ ist und auch mit CHF 100'000.00 in Zukunft gute Leute gefunden werden. Auch CHF 100'000.00 ist eines der höchsten Säläre im Kanton. Dieser Antrag hat nichts mit dem jetzigen Gemeindepräsidium zu tun. Dies geht auch aus der Besitzstandeswahrung hervor.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Kommissionspräsidenten an und beantragt, der Vorlage in der hier vorliegenden Form zustimmen. Das von der Spezialkommission in mehreren Sitzungen erarbeitete Gefüge stellt einen Kompromiss dar. Alle Argumente zum Honorar des Gemeindepräsidiums sind schon gefallen. Ich wiederhole: 1. Im gesamten Gefüge fällt auf, dass das Honorar des Einwohnerrates selber etwas abfällt, aber wir verzichten auf Abänderungsanträge. 2. Wir verzichten auf Abänderungsanträge zur Honorierung des Gemeindepräsidiums von CHF 109'000.00.

Es handelt sich um eine Top-Kaderstelle und das Salär ist absolut angemessen und weit von einem Regierungsratshonorar entfernt. Wir votieren für Ablehnung des Antrages von Philippe Doppler.

Daniela Berger: Es geht um den Abänderungsantrag der SVP. Es geht um die Frage der Verhältnismässigkeit eines Gemeindepräsidiums und man muss den Gemeinderat als Ganzes sehen. Der „normale“ Gemeinderat wird in Pratteln weniger entlohnt als in Binningen, Liestal, Birsfelden und Muttenz und dafür wird dem Gemeindepräsidium in Pratteln mehr Verantwortung in die Hände gelegt. Der Gemeinderat als Ganzes kostet in Pratteln CHF 258'000.00 und mit dieser Zahl liegt Pratteln gerade in der Mitte. Reine nach zahlt über CHF 300'000.00, Binningen deutlich mehr, Birsfelden ist etwas billiger und Muttenz mit CHF 214'000.00 ist billiger als Pratteln. Selbst Liestal mit 5 Gemeinderäten ist nicht viel billiger als Pratteln. Gesamthaft gesehen kann man also nicht von einer Unverhältnismässigkeit reden, weil unser Gemeinderat mehr Aufgaben und Verantwortung hat. In der Spezialkommission waren 9 Personen, die 3 der SVP konnten die Anderen nicht von ihren Argumenten überzeugen. Der hier vorliegende Kompromiss sollte von Allen getragen werden.

GR Max Hippenmeyer: Ich möchte klarstellen: Die laufende Diskussion über die Entschädigung von Beat Stingelin kommt mir etwas unfair vor. Früher, als der Gemeindepräsident in der SVP war, war genau derselbe Entschädigungsmodus kein Thema. Man muss unterscheiden zwischen der Entschädigung fürs Präsidium, das Beat Stingelin inne hat, und der Entschädigung, die der Departementchef zu gute hat. Neben dem Gemeindepräsidium hat Beat Stingelin auch noch das Departement Planung und daher auch noch CHF 24'000.00 zu gute wie dies seit eh und je der Fall ist. Werden beide Zahlen aufsummiert, ergibt sich sogar eine Lohneinbusse, denn er hätte CHF 112'000.00 zu gute. Ich kann ihnen versichern, dass das Arbeitsvolumen von Beat Stingelin über 70% ist und nicht 50%. Die Entschädigung von 109'000.00 ist also angemessen. Weiter ist -wie Daniela Berger bereits ausgeführt hat- die Gesamtsumme der Exekutive entscheidend und nicht die Entschädigung eines Einzelnen. Die Gesamtsumme liegt im Mittelfeld. Ich bitte um Zustimmung wie hier in der Vorlage ausgearbeitet.

Stephan Ackermann: Auslöser der Überarbeitung des Behördenreglements war der Bericht der RPK zur Rechnung 2006. Dort hat die ROD festgestellt, dass die Kumulation der Entschädigung des Gemeindepräsidiums plus Entschädigung als Departementsvorsteher nicht explizit dem Behördenreglement entnommen werden kann. Jetzt ist dies klar geregelt und der Gemeindepräsident erhält neben dem Lohn für seine 50%-Stelle noch die Entschädigung für die Departementsführung. Diese klare Regelung ist richtig. Wenn man nun betrachtet, was ein „normaler“ Gemeinderat erhält - es handelt sich um eine 20%-Stelle- sind es CHF 24'000.00 und für eine 50%-Stelle würde dies CHF 60'000.00 betragen. Mit der Departementsführung zusammen ergibt dies CHF 84'000.00. Der Reglementsentwurf weist den Betrag von CHF 109'000.00 aus. Nach dem bestehenden Behördenreglement hätte der Gemeindepräsident CHF 88'000.00 erhalten. Der Gemeinderat hat die Departementsführung seit Jahren dazu bezahlt und so sind die 109'000.00 oder 112'000.00 entstanden; also weit über CHF 100'000.00. Bei Betrachtung des Gesamtgefüges hat der Gemeindepräsident bisher genau das erhalten, was ihm zusteht: Eine 50%-Stelle plus die Departementsführung. Es wurde anders gelebt; aber dies klären wir heute Abend. Ich komme zu einem anderen Resultat als die Spezialkommission und die SVP und komme auf CHF 90'000.00. Ich stelle daher konsequenterweise den Antrag auf CHF 90'000.00 in § 2 Abs. 1 Gemeinderat. Natürlich soll dies erst ab der Legislatur ab 2012 zum Tragen kommen.

Kurt Lanz: Es ist offensichtlich eine Frage der Interpretation des Behördenreglements. Wenn Stephan Ackermann sagt, dass es klar sei, dass die Entschädigung einen Betrag von CHF 88'000.00 ergäbe, dann steht das nicht so klar darin, sonst hätte

man es nicht 15 oder 20 Jahre anders gelebt. Aus diesem Grund ist für mich klar, dass es so darin gestanden ist, wie man es gelebt hat. Aus diesem Grund bitte ich um Zustimmung zum vorgeschlagenen Betrag von CHF 109'000.00.

Gegenüberstellung der Anträge

://: Auf den Antrag der SVP entfallen 13 Stimmen, auf den Antrag der Grünen/Unabhängigen entfallen 8 Stimmen.

://: Auf den Antrag der SVP entfallen 17 Stimmen, auf den Antrag der Spezialkommission entfallen 20 Stimmen.

§§ 3, 4 und 8

keine Wortmeldungen

Urs Hess stellt den Antrag, die Motion 2494 abzuschreiben.

Rudolf Meury: Wir haben im Einwohnerrat eine peinliche Vorstellung geboten. Wir haben eine 9er-Kommission beauftragt und diese Kommission hat das vorliegende Reglement fast einstimmig beschlossen. Man hat gesagt, man würde auf weitere Anträge verzichten und würde dem Reglement so zustimmen. Es ist wichtig, dass Alle einer Meinung sind. Was machen wir? Die SVP schert aus, die Grünen und Unabhängigen scheren aus und wir müssen am Schluss noch zittern, diese Vorlage durchzubringen. Und vorne muss ein Gemeindepräsident sitzen, der denkt „Was machen die mit mir?“. Das war nicht fair, was wir geboten haben. Hoffentlich handelt es sich um eine einmalige Entgleisung und ich hoffe, dass wieder fairer verhandelt wird.

Stephan Ackermann: Danke für die Moralpredigt. Es ist unser gutes Recht, dass der Einwohnerrat über die Geschäfte debattiert; es muss nicht alles an einer Kommission sein. Es ist auch richtig, dass man darüber redet, auch wenn der Präsident selber anwesend ist. Wir haben auch immer gesagt „Das hat nichts mit Beat Stingelin zu tun“. Auch die SVP hat dies erwähnt. Und Dir, Ruedi, habe ich immer gesagt, mir ist das zu viel und nehme mir die Freiheit, das zu sagen und einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Der Rat beschliesst mit 37 Stimmen und 1 Enthaltung:

://: 1. Die Teilrevision des Reglements über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) vom 24. Mai 2004 wird genehmigt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

2. Die Motion 2494 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2558

Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten. Ein "Projet urbain" für die Gemeinde Pratteln. Projektskizze

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 5. August 2008

GP Beat Stingelin: Der Bund gelangte am 6. Dezember 2007 an die Gemeinde Pratteln, mit der Anfrage, an einem Projekt urbain (Verbesserung in den Wohnquartieren) teilzunehmen. Durch Herrn M. Arend wurden in der ganzen Schweiz Erhebungen in den Sechzigerjahren entstandenen Quartieren durchgeführt, die durch eine Aussenwahrnehmung nicht so positiv wahrgenommen werden. Ein Treffen mit Vertretern des Bundes, des Kantons und mir fand in Liestal statt. Die Unterlagen wurden vorgestellt - diese Unterlagen wurden den Fraktionspräsidenten zugestellt. Darin sind bereits realisierte Beispiele mit teilweise enormer Aufwertung enthalten. Wahrnehmung und Integration wurden gefördert und verbessert. Weiter hat der Gemeinderat am 16. Dezember 2007 einen Beschluss gefasst, eine Projektskizze auszuarbeiten, die zu einer Vorlage im Einwohnerrat führen soll. Von Seiten des Bundes arbeiten 5 Bundesämter mit und es werden alle Aspekte durchleuchtet und nicht nur „Pflästerli“ abgebracht. Am 12. August 2008 waren Vertreter des Bundes und des Kantons bei einem Augenschein (Rundgang) in der Längi. Die Gutsprachen des Kantons und diejenigen heute Abend sind klar daran gebunden, dass der Bund nachher zustimmt. Kanton und Gemeinde müssen finanziell mitmachen, damit Bundesgelder gesprochen werden. Von Seiten des Kantons liegen Zusagen vor, vorbehältlich Genehmigung des Budgets im Landrat. Wer macht mit? Dies steht auf S. 18 und die Mitwirkenden sind breit gestreut. Wir können heute nicht sagen, was gemacht wird, dass Dieses oder Jenes gebaut wird usw. Dies wird mit den Leuten dort und der Verwaltung und den Vereinen usw. gemeinsam erarbeitet. Auf S. 9 ist der Perimeter gegen Augst um eine Strasse zu weit gezogen. Die Grenze ist die Rheinstrasse. Wir sind überzeugt, dass dies ein gutes Projekt ist und als Pilotprojekt vom Bund ausgesucht wird. Weitere Kandidaten sind die Gemeinden Rorschach und Montreux. Es wartet einige Arbeit, auch für die Verwaltung, die Arbeiten übergreifend ausführen muss und wir sehen darin eine Chance. Eine Chance, gerade weil Salina-Raurica kommt und wenn wir der Bevölkerung helfen, helfen wir uns selber auch. Ich höre immer wieder, dass die Wahrnehmung der Längi schlecht sei. Wenn ich aber dort bin und die Innenwahrnehmung nachfrage, fühlen sich die Leute nicht so schlecht. Klar dürften einige Sachen verbessert werden -und dies ist das Ziel des Projektes. Eine weitere Chance für Pratteln ist, dass wir schweizweit so etwas entwickeln können und der Kanton zugesagt hat, dass sie dieses Projekt später auch in anderen Gemeinden umsetzen wollen. Weiter ist eine Eigenheit dieses Projektes, dass man es nicht nur auf die Längi beziehen kann, wenn es einmal gemacht ist, sondern die gewonnenen Ansätze auch in andere Quartiere übernehmen kann. Wir reden immer nur von der Längi, wenn ich an das Rankackerquartier denke und die Muttenzerstrasse, sind die Verhältnisse ähnlich. Diese Ergebnisse können auf andere Quartiere adaptiert werden. Heute Abend ist Herr Emmenegger anwesend. Er hat sehr grosse Erfahrung in diesem Gebiet und kennt die Längi in- und auswendig. Herr Emmenegger weiss also, um was es hier geht. Die Leute vom Bund selber haben fotografiert usw. Detailprojekte werden erst erarbeitet, wenn das Geld gesprochen ist. Sachfragen bitte an Herrn Emmenegger stellen; politische Fragen werde ich selber beantworten.

ER-Präsident Christian Schäublin: Das Büro ist für Eintreten und Direktberatung. An dieser Stelle möchte ich Herrn Michael Emmenegger herzlich begrüßen. Das Büro empfiehlt, ihn als Experten beiziehen.

Olga Aeberhard: Ich wohne seit 1973 in der Längi und kenne das Gebiet daher sehr gut. Unsere Partei ist für Eintreten. Eine Bemerkung zu S. 9 mit dem Perimeter. Ich möchte mich stark machen für ein Gebiet direkt auf der anderen Seite der Bahn, die hier keinen Volksvertreter haben. Diese Häuser machen auch beim Längiverein mit und sind im Perimeter nicht enthalten. Dieses Gebiet sollte mit einbezogen werden.

Gert Ruder: Im Namen der SP-Fraktion empfehle ich Direktberatung und der Vorlage später zuzustimmen. Das Integrationsprojekt zeigt genau in die Richtung, die auch

der Haltung unserer Partei entspricht. Das Projekt stellt eine riesige Chance für Pratteln dar und auch für die beiden anderen Gemeinden, dass man ein Pilotprojekt umsetzen kann.

Christoph Zwahlen: Auch ich wohne in der Längi und die Grünen und Unabhängigen sind für Eintreten. Einige Bemerkungen: 1. Die Häuser südlich der Bahnlinie an der Ergolz- und Giebenacherstrasse gehören trotz schlechter Erschliessung für den Fussgänger auch zum Quartier. 2. Häuser werden saniert und umgebaut und die Mieten steigen. Was passiert mit den Bewohnern? Entweder bleiben die Leute und die Kosten für die Gemeinde werden höher (Mietzinszuschuss) oder die Leute werden vertrieben und dann müssen sie nicht mehr integriert werden. Die neue Haltestelle Pratteln-Längi heisst heute Salina-Raurica, in der Längi identifiziert man sich mit der Haltestelle und der frühere Name war nichts Despektierliches. Auch hier eine Verdrängung. Zum Ruf der Längi: Im Bericht steht von einer engagierten Lehrerschaft geschrieben, was ich unterstützen kann. Aber der Ruf der Schule ist so, dass etliche Eltern wegziehen, wenn die Kinder in die Schule kommen, und zwar meist in eine andere Gemeinde; nicht nur Schweizer sondern auch die zweite Generation von Ausländern. Der schlechte Ruf der Schule und andere Ängste sind da. Der Quartiertreffpunkt ist aus finanziellen Gründen eingegangen und heute ist Etwas dort, was im Moment funktioniert, aber kein Integrationsprojekt darstellt. Es braucht mehr Geld; es braucht einen Treffpunkt, es braucht ein Herz des Quartiers, ein Herz das man merkt, es braucht einen professionellen Treffpunkt, damit schlussendlich nicht nur die Schweizer im Verein sind und man die Leute zusammen bringt. Was auch noch fehlt und nirgends steht: Es müsste dort auch eine Arztpraxis haben. Am besten eine Gemeinschaftspraxis, in der auch fremde Sprachen verstanden werden. Es muss also wirklich Geld in die Finger genommen werden, sonst bleibt alles Stückwerk.

Karin Hess: Die SVP-Fraktion findet dies grundsätzlich eine gute Idee. Wir sind für Eintreten und Fragen zu dieser Vorlage werden später gestellt.

Rudolf Meury: Warum soll die Längi Richtung Pratteln ausgerichtet werden? Pratteln ist weiter weg als Augst und eine Ausrichtung auf Augst macht mehr Sinn. Ist dies überhaupt möglich oder politisch nicht durchsetzbar?

Stefan Löw: Ich hoffe, dass der Optimismus unseres Gemeindepräsidenten in Pratteln fruchten wird, denn wir von der FDP sind der Meinung, dass nur darin eine Chance besteht, dass dem Projekt Erfolg zugesprochen wird. Es handelt sich um ein ambitioniertes Projekt, das sehr viele und komplexe Arbeit enthält. Siehe S. 18 Organigramm. Hier wird ersichtlich, wie viele Personen und Gruppierungen versucht wird in das Boot zu bekommen. Somit wird freiwillige Arbeit generiert. Es wird immer schwieriger, freiwillige Arbeit auf die Beine zu bringen und sie kann ohne Entgelt kaum mehr vollzogen werden. Darum sehen wir den Zeitplan von 2009 bis 2011 als ambitionös und es besteht die Gefahr, dass dies eine Blase werden könnte und die Nachhaltigkeit schlussendlich verloren geht. Wir sind der Meinung, dass vermutlich nachher noch Geld gesprochen werden muss. Dies muss von der Finanzseite her klar kommen und im Budget berücksichtigt werden. Weiter besteht die Hoffnung, dass Geld wieder zurück kommt und die Sozialausgaben entlastet werden. Die FDP ist grundsätzlich dafür, möchte jedoch ihre Gedanken dazu äussern. Das Projekt muss nach diesen 3 Jahren weiter laufen; wir müssen später in irgendeiner Form Geld sprechen; sonst ist das Projekt gescheitert. Deshalb sind wir für Eintreten und hoffen, dass sich unsere Befürchtungen in Wind auflösen.

GP Beat Stingelin: Zum Einbezug der Giebenacherstrasse: Die Grenzen sind offen und nicht scharf. Für mich gehört die Giebenacherstrasse auch zur Längi. Weiter ist ein Legislaturziel des Gemeinderates „In Pratteln wohnlich bleiben“ und dazu zählt nicht nur das Dorf. Zu Herrn Zwahlen: Ich verstehe seine Ängste und Fragen. Aber genau dies sind die Inhalte, die ausgearbeitet werden müssen. Zusammenarbeit mit

Augst ist eine Frage und wenn Augst im Galezen baut, sind schon Anfragen an den Gemeinderat gekommen, ob es möglich sei, dass die Augster in Pratteln in die Schule könnten. Dies ergäbe eine Durchmischung und die Ängste werden abgeschwächt. Zum Treffpunkt: Auch dies ist Gegenstand des Projektes. Es wird erarbeitet, ob es einen braucht und ob es ein Jugendhaus oder etwas Anderes sein muss. Auch bezüglich Arztpraxen können Gedanken eingebracht werden und nachher muss man schauen, dass dies realisiert wird. Die Längi ist näher an Augst als an Pratteln. Das ist richtig; aber das Projekt soll die Längi näher an Pratteln bringen, d. h. besser einbinden. Es könnte ja sein dass es dort eine Aussenstelle der Verwaltung gäbe, das hören wir später, eventuell ein Büro, wo man seine Meinung abgeben kann. Zum Bereitstellen der Finanzen (Votum von Stefan Löw): Die Finanzen werden erst bereit gestellt, wenn das Einverständnis heute dazu vorliegt. Weiter wurde richtig bemerkt, dass es auch nachher noch kostet. Dies hat auch der Bund gesagt. Ohne weitere Finanzen wären wir nach einigen Jahren wieder gleich weit. Weiter muss das Gebiet Längi endlich gleich behandelt werden wie die anderen Gebiete. Die Angst der steigenden Mieten (Votum von Christoph Zwahlen) ist berechtigt. Auch mit der Haltestelle Salina-Raurica, der Name wurde von den SBB festgelegt, haben die ersten Hausbesitzer angefangen ihre Liegenschaft zu sanieren. Er ist aber auch bei Vielen an der Zeit. Es wohnen nun auch vermehrt Schweizer in den total renovierten Wohnungen. Stefan Löw hat auch richtig bemerkt, dass es eine grosse Aufgabe der Verwaltung und aller Beteiligten ist. Aber auch der Bund hat uns finanzielle und personelle Unterstützung zugesagt. Ebenso der Kanton. Es ist nicht so, dass unsere Verwaltung Alles alleine machen muss. Die Beteiligten werden vom Bund geführt, der auch das notwendige Knowhow hat; es wird also einfacher, als wenn man etwas neu erfinden muss.

://: Das Eintreten ist unbestritten.

Stephan Ackermann: Ich kann den Worten und Gedanken der FDP zustimmen, vor allem, wenn man längere Zeit im Längi-Quartier gewohnt und aktiv im Quartierverein mitgewirkt hat. Ein zentraler Punkt ist, dass die Leute motiviert werden, mitzuarbeiten, mitzuwirken und dies auch unentgeltlich. Das wird die Herausforderung. Eine Frage an Herrn Emmenegger: Wie sind die Erfahrungen von Ihnen. Kann man bei solchen Projekten die Leute hinter dem Ofen hervorlocken und dies auch bei längerfristigen Projekten? Dies ist das Problem des Quartiervereines. Denkbar wäre auch gewesen, statt hier CHF 200'000 zu sprechen, mit diesem Geld den Quartiertreff zu unterstützen. Die grosse Hoffnung für die Zukunft ist, dass die politische Gemeinde Pratteln das Quartier Längi in Zukunft mittragen wird. Wenn dies der Fall ist, ist eine Unterstützung umso wichtiger.

Karin Hess: Für uns ist die Vorlage ein etwas zahnloser Papiertiger. Wir können keine messbaren Ziele erkennen und für uns ist das Sprechen von Geld schwierig, wenn keine konkreten Ziele und Massnahmen vorhanden sind. Weiter liegt hier eine Aufzählung von Sachen vor, die schon lange vorhanden sind: Quartierverein für die Längi, Bahnhof Salina-Raurica, der im Dezember eröffnet wird. Integration ist für uns auch wichtig. Wichtig ist vor allem, dass die Leute unsere Sprache lernen und nicht umgekehrt. Der fremdsprachige Arzt muss nicht unbedingt sein. Sprache ist Basis für eine Integration. Wir hätten gerne messbare Ziele, damit der Erfolg messbar ist. Was ist nach diesen 3 Jahren? Muss der Betrag von CHF 560'000.00 für weitere 3 Jahre von der Gemeinde übernommen werden. Wie sehen die Kosten dann aus? Wie sehen die Kosten für weitere Quartiere aus? Weiter stösst uns auf, dass zuerst Geld für eine Skizze gesprochen werden muss und der Bund erst dann Ja sagt, wenn er das Detailkonzept hat. Auch wir würden erst das Detailkonzept sehen und die konkreten Massnahmen lesen können, damit wir zu diesem Geld Ja sagen können.

Michael Emmenegger: Die Projets urbains gehen davon aus, dass man mit den Anspruchsgruppen zusammen arbeitet. Die Frage ist, wie man in Quartieren, die bis

heute vielleicht nichts davon gehört haben, garantieren kann, dass die Motivation/Zusammenarbeit funktioniert. Dies ist tatsächlich ein Punkt, für den keine Garantien abgegeben werden können. Die Erfahrung aus anderen Quartierentwicklungsprozessen, beispielsweise in der Werkstatt Basel oder in Schwamendingen ist tatsächlich so, dass, wenn man bei den Leuten dort anfängt, wo sie der Schuh drückt, die Motivation zur Mitarbeit gegeben ist. Das Beibehalten der Motivation über Jahre hängt auch von einer sorgfältigen Zusammenarbeit ab. Die Leute, die sich engagieren, müssen ein Resultat sehen und es müssen tatsächlich Projekte umgesetzt werden, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegen. Von den Leuten dürfen keine behördlichen Aufgaben übernommen werden. Sonst wird die Motivation überstrapaziert und die Leute steigen wieder aus. Wenn man dies mit einer guten Zusammenarbeit aus der Gemeindeverwaltung mit anderen Institutionen koppeln kann, auch vom Bund, beispielsweise dem Bundesamt für Sport, dann lässt sich auch Schwung hineinbringen und es können grosse Kräfte freigesetzt werden. Wichtig: Es muss politisch getragen werden d.h. die Leute müssen spüren, dass man in der Gemeinde dahintersteht und die sog. Ankerpersonen (Integrationspersonen im weiteren Sinn) müssen gepflegt werden. Ihre Inputs müssen Schritt für Schritt in ein solches Konzept eingebracht werden. Dann sind die Erfahrungen recht gut. In einem anderen Fall ging es darum, dass alte Zentrum vom Oerlikon in seiner Qualität zu steigern und dort entstand die Idee eines Weltmarktes in einer Form, die das Marktgesetz in Zürich nicht zulies. Es hat sich ein solcher Druck entwickelt, dass auf Grund des Vorhabens das Marktgesetz von Zürich geändert wurde. Auch bei Treffpunkten gibt es Beispiele, wie diese über Jahre mitgetragen werden, aber nur so lange diese Personen von den Institutionen nicht alleine gelassen werden. Sonst sind sie überfordert, d. h. das Zusammenspiel muss funktionieren. Zur „zahnlosen“ Projektskizze: Das Papier enthält eine Analyse des Quartiers Längi, man schlägt einige Massnahmen vor, man erstellt ein Organigramm und eine Vorgehensskizze. Das ist tatsächlich so. Wir müssen uns an die Vorgaben des Bundes halten, d. h. wir brauchen eine Projektskizze, nachher wird ein Detailkonzept ausgearbeitet, zu dem bereits ein Grossteil der im Organigramm aufgeführten Personen eingeladen wird. Die wichtigen Themenfelder werden eingebracht und gewichtet. So erhält man genauere Aussagen zur Methodik und wer arbeitet wie mit wem zusammen, wer hat welche Aufgaben usw. Das ist im jetzigen Zustand tatsächlich im Detail nicht bekannt. Wir brauchen die Budgetentscheidung jetzt und der Bund entscheidet erst im Herbst. Das ist eine unschöne Ablaufsituation, die sich nicht verhindern lässt. Wie wird der Erfolg gemessen? Dazu muss ein Evaluationsprogramm entwickelt werden. Was sind die Kriterien? Beispielsweise mehr Steuersubstrat, höheres Wohlergehen, besseres Befinden der Kindergärtler, sind die Kriterien Deutsch als Umgangssprache oder was auch immer? Diese Kriterien müssen festgelegt werden und dies kann nicht in einer Projektskizze ohne Detailberatung mit den Betroffenen und Behörden festgelegt werden. Es geht um Wohlbefinden; Image lässt sich messen: Wurden die baulichen Massnahmen angenommen, stehen sie dahinter? Dieses „Controllingtool“ ist auch eine Vorgabe des Bundes und wird später erstellt. Ziele müssen messbar sein. Wie geht das Projekt weiter, wie lange dauert es? 3 Jahre ist eine gute Grösse für ein solches Projekt. Wenn sie 3 Jahre Zeit haben, sich intensiv mit der Frage von Integration und Quartierentwicklung auseinanderzusetzen, lässt sich Einiges erreichen. Daraus müssen sich Effekte entwickeln, die in der Verwaltung, den Institutionen von Pratteln, bei den Vereinen usw. zum Tragen kommen. Schwamendingen hat gezeigt, dass es heute üblich ist, Quartierfragen partnerschaftlich und kooperativ anzugehen. Die Vorstellung, wie solche Fragestellungen angegangen werden, hat sich grundlegend geändert und heute verstehen sich Verwaltung und die verschiedenen Institutionen als Partner. Die Wohnbaugenossenschaft fragt zuerst die Stadt, diese klärt andere Beteiligte ab, und so ist eine breite Basis entstanden, dass der Mehrwert möglich Vielen zu gute kommt.

Stefan Löw: Zynisch gesagt kommt es uns so vor, als ob man ein fremdes Papier genommen und überall Pratteln eingesetzt habe. Für uns von der FDP ist das Papier nicht fassbar. Wir wissen von der Problematik. Wo will man die Probleme in der Längi,

teilweise seit 20 Jahren, wirklich anpassen? Ich glaube, es sind die Sprache, die Örtlichkeit und mit Sicherheit der Arbeitsmarkt (nicht mit Oerlikon und Zürich zu vergleichen). Wir können es auch nicht mit Basel vergleichen, wo schwierige Häuser ins Vermögen der Stadt übergehen und dann renoviert werden wo viele Gelder ausgegeben wurden. Dies können wir uns finanziell gar nicht leisten. Hier hätten wir mehr Greifbares erwartet. Wir sprechen doch einiges an Geld im Voraus, bevor etwas Greifbar ist und das stört uns. Momentan sehen wir aber keinen anderen Weg; es sei, wir weisen die Vorlage zurück, aber das war für uns kein Thema

Gert Ruder: Auch unsere Fraktion hat Verständnis, dass bestimmte Bedenken vorhanden sind. Auch wir haben uns mit der Vorlage auseinandergesetzt. Für die einen ist es nicht fassbar und mein Vorredner Stefan Löw als Wirtschaftsvertreter wollte fast eine kleinkrämerische Haltung einnehmen und sieht jeden Franken davonschwimmen. Man muss grosszügiger mit der Situation sein. Allem voran finde ich es gut, dass der Gemeinderat die Chance so schnell wahrgenommen hat, auf diesen Zug aufzuspringen. Es ist absolut nicht selbstverständlich, dass, wenn der Bund in der ganzen Schweiz 3 Gemeinde ausliest, auch Pratteln dabei ist. Dafür danke ich dem Gemeinderat. Dass nachher die Vorlage, so wie sie hier ist, die eine oder andere Frage aufwirft, ist absolut verständlich. Die SP-Fraktion sieht dieses Projekt als rollende Planung und in dem Sinn auch als rollende Entwicklung. Man beginnt Etwas, entwickelt sich aus den Begehrlichkeiten der Wohnbevölkerung heraus und daraus sollte es eine gute Sache geben. Auch der Einwohnerrat ist wie im Organigramm dargestellt, weit oben beteiligt. Alle Faktionspräsidenten können dann besorgt sein, dass ihre jetzigen Bedenken nicht Wirklichkeit werden. Ich bitte Sie, die Vorlage nicht schon jetzt vorzuverurteilen, sondern Vertrauen zu haben und der Vorlage zuzustimmen.

Urs Hess: Gert Ruder hat gesagt, der Einwohnerrat habe noch Einiges zu sagen. Im riesigen Organigramm gibt es einen Beirat. Und zuerst möchte ich vom Gemeinderat wissen, was die Kompetenzen des Beirates sind. Herr Emmenegger ist unseren Fragen zu fest ausgewichen. Wir haben ganz klar Ziele gefordert. Er antwortet: Was aus den Wünschen herauskommt. Ich sage jetzt bewusst überspitzt: Wenn dort unten sehr viele Leute Türkisch wollen, wird dort Türkisch und nicht mehr Deutsch gesprochen und das kann es nicht sein. Zu dem würden wir nie Ja sagen. Wenn man von Integration redet, ist die Sprache Deutsch in unserer Region. Als oberstes Ziel muss stipuliert sein, dass die Leute mit uns in Deutsch kommunizieren und das auch wollen. Sonst ist das Projekt gescheitert. Diese Fragen will ich noch ganz klar beantwortet haben.

GP Beat Stingelin: Kompetenzen der Mitarbeitenden. Für mich sind alle Beteiligten gleichwertige Mitarbeiter. Das geht nicht anders und es geht nicht, dass wir Jemanden als Folkloretruppe nehmen. Alle können sich einbringen und es wird diskutiert und demokratisch entschieden. Wenn irgendetwas absolut keine Mehrheit findet, wird doch keine „Spinneridee“ umgesetzt. Die Vorstellung ist die, dass man sich ähnlich in einer Kommission äussern kann. Zusätzlich sind Bundesvertreter da, die uns beraten können. Beim Bund ist Erfahrung aus anderen Projekten vorhanden und der Bund hilft nicht nur uns, sondern auch dem Kanton. Uns auf der Gemeinde fehlt die Erfahrung in solchen Sachen aber dafür sind die Leute des Bundes da. Zum Häuserkauf (Frage von Stefan Löw): Dies ist nicht Sinn des Projektes. Uwe Klein und ich hatten schon im Vorfeld mit vielen Liegenschaftsbesitzern zu tun. Wegen Ordnung und den ganzen „Drum und Dran“. Das ist das, was uns stört. Auch wenn es zahnlos tönt muss ich sagen: „Wir können nicht genau wissen, was wir später machen, dies müssen wir erarbeiten“. Akzeptiert, dass wir Etwas miteinander erarbeiten, was etwas anders ist. Dies ist schwieriger politisch umzusetzen. Wir sind keine Anfänger und dies ist ein Pilotprojekt, wo andere Gemeinde auf uns schauen und dies soll Motivation sein, für diejenigen, die mitarbeiten. Auch nachher wird wieder etwas Geld kosten. Wir bauen ja auch immer wieder Strassen neu und entwickeln Neues; warum soll man dieses nicht auch in einem Quartier machen? Ein Legislaturziel des Gemeinderates ist die Steuerung

der Wohnlichkeit von Pratteln. Und dies ist ein wichtiger Teil daraus. Dann geht es uns Allen besser. Wir werden über Jahre hinweg den Schritt nach vorne machen, damit das Image, das in Pratteln andiskutiert wird, obwohl es nicht stimmt, sich verbessert.

Urs Schneider: Aus den verschiedenen Voten merkt man, dass es vor allem ums Geld geht. Was die Gemeinde bis jetzt gemacht hat sind beispielsweise der Längigürtel vor 15 Jahren, der Pausenplatz beim Schulhaus wurde etwas umgestaltet, man hat Tempo 30 eingeführt und jetzt kommt bald die neue S-Bahn-Haltestelle. Fragen an Herrn Emmenegger: Es geht vor allem ums Geld. Erfahrungswerte: Wie gross ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Geld von Bund kommt, wenn das Vorprojekt da ist? Wie viele Kosten und über wie viele Jahre könnten auf die Gemeinde zukommen? Einbezug der Liegenschaftsbesitzer: Gibt es Möglichkeiten die Eigentümer finanziell zu beteiligen? Schliesslich haben sie auch etwas von einer Aufwertung des Quartiers.

Michael Emmenegger: Zum Votum von Herrn Löw, der dargelegt hat, dass alles noch nicht fassbar ist und das Programm etwa Alles abdecke. Das stimmt und darum geht es. Es geht um die gesamte Lebenswelt; es geht darum, ein Quartier als Zusammenspiel von sozialen, räumlichen, kulturellen, baulichen, ökonomischen und ökologischen Aspekten zu sehen und dass man wirklich versucht, diese zusammen zu bringen. Das heisst aber nicht, dass man frei im Feld herumschwebt; es braucht eine Gewichtung. Diese Gewichtung muss sich an den Möglichkeiten von Pratteln, an den engagierten Personen usw. orientieren. Es bringt nichts, wenn wir Projekte machen, die mit den vorhandenen Möglichkeiten nichts zu tun haben. Dies muss gekoppelt werden. Wir fangen dort an zu arbeiten, wo die Erfolgchancen gross sind, dort, wo es wirklich brennt und wo man auf schon auf begonnene Projekte aufbauen kann. Wenn man diese Gewichtung macht, wird auch die spezielle Prattler Situation mit der speziellen Längi-Situation sichtbar. Dies ist tatsächlich und bewusst nicht in dieser Skizze gemacht. Die Gewichtung kann durch die kleine Vorbereitungsgruppe nicht durchgeführt werden. Wir haben das mittlerweile etwas weiter ausgearbeitet. Zielfestlegung: Man muss sich die Mühe nehmen, nach dem Projektstart eine Phase zu setzen, in der eine gemeinsame Strategie erarbeitet wird. Eine Strategie erarbeiten heisst, eine Vision entwickeln, Was wollen wir, Handlungsfelder definieren, wo wollen wir aktiv werden und Projekte definieren. Für das braucht es eine Organisation und was mit Massnahmen und Personen gekoppelt werden kann, wird durchgeführt und es bleibt eine Liste mit Sachen, die nicht weitergehen. Das Festlegen der Ziele, die nachher Massstab für das Controlling und die Zielerfüllung sind, wird in der Strategiephase als Erstes mit allen Beteiligten erarbeitet. Dies ist ein prozesshaftes Vorgehen und der Integrationsbeauftragte des Kantons, Hansjürg Moser, hat gesagt, es sei nicht immer einfach zu erklären. Aus der Entwicklung, aus der Zusammenarbeit entstehen im iterativen Sinn weitere Erkenntnisse. Zu den Fragen von Herrn Schneider bezüglich Geld: Ich persönlich habe in meiner gesamten Laufbahn noch nie so gute Signale gehabt, dass das Geld auf Grund der Skizzen gesprochen wird. Ohne Gewähr: Der Bund würde das Projekt gerne und gut unterstützen. Die Chancen sind sehr gut. Beim Kanton ist dies noch viel klarer. Die Folgekosten für die Gemeinde nach Projektende sind tatsächlich schwer vorauszusagen. Ich kann es umkehren. Fragen sie sich im Verlauf der nächsten 3 Jahre „Was ist es Ihnen wert?“. Was kommt daraus hervor und wo könne es aus dem Ruder laufen? Es können auch Massnahmen entwickelt werden, die nicht nur Geld kosten, sondern in der gegenseitigen Wertschätzung, der Kultur des Zusammenlebens einen hohen Beitrag leisten. Aber was das über die 3 Jahre hinaus kostet, kann ich tatsächlich nicht sagen. Einbezug der Grundeigentümer: Dies ist immer einfach gesagt aber ein schwieriger Prozess. Als Beispiel gibt es in der Längi Wohnumfelder, die sich durch die ganze Siedlung ziehen. Es liegt auf der Hand, dass die Grundeigentümer diese miteinander aufwerten und gestalten. Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit ist gegeben; eine Garantie nicht. Auch im Zusammenhang mit Salina-Raurica muss eine Zusammenarbeit aller Kräfte und mit den Nachbargemeinden passieren.

GR Max Hippenmeyer: Das Projekt kostet die Gemeinde eigentlich nur einen Drittel; sie spart zwei Drittel. Es ist auch klar, bevor es einen Ertrag gibt, muss man etwas investieren. Die CHF 66'700 für die nächsten 3 Jahre entsprechen ca. 1 Prozent des Budgets. Unsere Sozialaufwendungen betragen CHF 5 Mio. Natürlich sind solche Sachen ein Risiko und man weiss nie im Voraus, wie es herauskommen wird. Wer nichts riskiert, verliert (Spruch eines bekannten Financier). Unsere Finanzen können diesen Betrag verkraften und wir müssen dies auch in der gesellschaftlichen Verantwortung sehen. Daher bitte ich um Zustimmung.

Karin Hess: Mangels konkreter Aussagen stellen wir den Antrag, dass Absatz 2 des Antrages des Gemeinderates wie folgt geändert wird: „Das Detailkonzept wird durch den Einwohnerrat zusammen mit den finanziellen Mitteln bewilligt.“ Dies ersetzt den vorhandenen Antrag.

GP Beat Stingelin: Diesem Antrag darf aus Zeitgründen nicht stattgegeben werden. Der Bund hat dem Gemeinderat wärmstens ans Herz gelegt, dass wir früher mit dem Detailkonzept kommen müssen, damit wir nicht zu spät sind und der Zug abgefahren ist. Dies soll keine Drohung sein, sondern es ist Tatsache, dass der Bund das Detailkonzept haben muss und wir keine Zeit gewinnen können. Wir haben schon Zeit herausgeholt, dass wir die Vorlage im Einwohnerrat sauber behandeln können, weil beim Bund angenommen wurde, man könne das Geld einfach sprechen. Bereits damals musste der Gemeinde schon mehr Zeit gegeben werden. Daher bitte ich euch, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Kurt Lanz: Es wurde gesagt, es sei nicht Alles klar. Vielleicht ist das gut so, dass man nicht schon am Anfang weiss, wie es herauskommen wird. Auch im Zusammenhang mit den Zielen: Wenn die Ziele schon bekannt sind, dann müssten sie nicht mehr entwickelt werden. Und gerade aus diesem Grund ist es toll, dass die Ziele nicht schon bekannt sind. Für mich ist ein solches Projekt etwas anderes, als wenn ich ein Auto oder Haus kaufe, dann will ich wissen, was ich kaufe. Aber hier ist es nicht möglich. Ich bitte Sie, dem Projekt so zuzustimmen, wie es hier vorliegt.

Urs Hess: Es wurde vom Gemeinderat skizziert, dass man heute im Zusammenhang mit dem Detailkonzept über die finanziellen Mittel abstimmen kann. Jetzt hat es der Gemeinderat oder sonst wer verschlafen und jetzt kommt: Gebt uns Geld und wir schauen, was wir damit machen. Das macht Niemand auch im eigenen Haushalt. Daher ist es richtig, dass das Detailkonzept steht und wir dann wie ursprünglich vorgesehen, die finanziellen Mittel im September sprechen.

Stefan Löw: Guter Dinge muss Weile haben. Dies ist ein Slogan, nach dem der Bund schafft und es uns immer wieder vorlebt und sich Zeit nimmt, mehr als uns lieb ist. Die Kreditsprechung wird uns praktisch aufgezwungen; sonst ist der Zug abgefahren. Es sind 25 Seiten und der Ansatz zu einem Detailprojekt wäre möglich gewesen. Als Vertreter des Volkes schauen wir die Vorlagen genauer an und haben durch das eine detailliertere Meinung. Wir dürfen das Projekt nicht scheitern lassen und ich bitte Euch, dem Antrag der SVP nicht zuzustimmen.

Daniela Berger: Stefan Löw hat gesagt, es sei nicht machbar. Ein solches Projekt sei nicht durchsetzbar. Aber es handelt sich um ein Entwicklungsprojekt. Urs Hess hat gesagt: Das machen doch andere Firmen nicht. Ich selber arbeite im sozialen Bereich und in der Forschung. Wir machen solche Entwicklungsprozesse, wo man effektiv nicht weiss, was das Resultat sein wird. Es sind sogar grosse und namhafte Firmen bereit, sich darauf einzulassen, den Mut zu nehmen und zu schauen, was alle Betroffenen sagen, was ein gangbarer Weg ist, was unsere Optimierungsmöglichkeiten sind, was wir wollen. So ein Prozess lässt sich nicht einfach herausstampfen. Und wenn ihr Bedenken habt, dass die Betroffenen doch nicht zu Wort kommen, dass die

Beiräte nicht ihren Teil beitragen können, dann war es kein Entwicklungsprozess sondern etwas, wo man die Ziele schon im Voraus kennt. Dies hier ist ein Entwicklungsprozess d. h. etwas auf das man sich einlassen und als Chancen wahrnehmen muss. Und dazu braucht es Mut und anscheinend gibt es hierin einige Prattler, die keinen Mut aufbringen. Bis jetzt haben wir anscheinend eine Längi, in der es nicht so gut läuft, wo es x Bedenken und Sorgen gibt. Wir haben es nicht geschafft, aus eigener Kraft die Probleme selber zu lösen. Jetzt haben wir die Chance dazu mit der Hilfe anderer in einem Entwicklungsprozess, der auf Alles Rücksicht nimmt, um Lösungen aufzuzeigen. Ein Entwicklungsprozess muss breit abgestützt sein. Es müssen Alle involviert sein und darum kann man nicht im Voraus sagen, was herauskommen wird. Es ist heute am 25. August Mut gefragt zum Ja-Sagen.

Christoph Zwahlen: Ich möchte mich meiner Vorrednerin vollständig anschliessen. Es ist Mut gefragt. Weiter ist im Abschnitt 3 der Vorlage eine Versicherung vorgesehen, nämlich dass sich Bund und Kanton an den Gesamtkosten beteiligen. Und das machen sie nicht für etwas Unfertiges oder etwas mit zu hohem Risiko. Wenn wir unsere Arbeit gut machen und uns auf den Prozess einlassen, wird die Sache gut herauskommen und die Anderen ihre Gelder sprechen. Wenn wir das Geld nicht sprechen, werden die anderen ihre Gelder auch nicht sprechen. Also kann man gut Ja-Sagen und den Prozess starten.

GP Beat Stingelin: Zu Stefan Löw: Der Gemeinderat hat CHF 7'000 für diese Projektskizze gesprochen nicht CHF 25'000. CHF 7'000 hat dies gekostet mitsamt Sitzungen, Interview, Besichtigungen und allem Weiteren.

Thomas Vogelsberger: Ich glaube nicht, dass uns ein Kredit aufgezwungen wird. Wir können heute Abend Nein sagen. Das möchte ich aber nicht empfehlen, denn wir verspielen eine Chance, eine Quartierentwicklung zu initiieren. Mit Betonung auf Entwicklung. Eine Entwicklung bedingt, dass Unbekannte vorhanden sind. Es ist genau dasselbe, als wenn die Airbus-Industrie ein neues Flugzeug entwickelt. Es muss zuerst entwickelt werden mit einem bestimmten Risiko, dass es Geld kostet oder auch am Markt nicht so einschlägt wie erhofft. Oder technische Probleme da sind. Aktuell haben wir gerade vom CERN gehört, wo Grundlagenforschungen durchgeführt werden. Dies ist Forschung, die im Moment überhaupt keinen Beitrag zur Entwicklung eines neuen Produktes leistet. Auch dort wird sehr viel Geld ausgegeben. Wir müssen nicht so viel Geld ausgeben. Aber auch dort weiss man nicht, was herauskommt, noch viel weniger als hier bei der Quartierentwicklung. Wir können für die Bevölkerung von Pratteln, mindesten einen Teil davon, etwas erreichen und haben Gewähr, dass Profis von Bund und Kanton mitarbeiten und nicht wir Alles alleine machen müssen. Ich bitte Euch der Vorlage zuzustimmen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 1. Von der Projektskizze „Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten. Ein „Projet urbain“ für die Gemeinde Pratteln“ wird in befürwortendem Sinne Kenntnis genommen.

Der Rat beschliesst mit 26 : 12 Stimmen:

2. Für das Vorhaben „Projet urbain“ wird für die Projektdauer 2009 – 2011 ein Kredit in Höhe von CHF 200'000.00 zu Lasten Konto 020.318.31 bewilligt. Für den Voranschlag 2009 sind CHF 66'700.00 aufzunehmen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

3. Der Kredit von CHF 200'000.00 steht unter dem Vorbehalt, dass der Bund und der Kanton Basel-Landschaft sich an den Gesamtkosten von CHF 560'000.00 mit CHF 360'000.00 beteiligen.

Geschäft Nr. 2556 Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Nord, Mutation Nr. 13 „Schweizerhalle“

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 25. August 2008

GP Beat Stingelin: In derselben Kommissionszusammensetzung wie Pratteln Mitte wurde auch Pratteln Nord behandelt. Das Gebiet wurde in 3 Teilgebiete aufgeteilt: Dürrenhübel, das Gebiet um die Längi und das Gebiet bei der Zurlindengrube. Die Kommission hat rege diskutiert und Abwägungen zum Spezialplan Salina-Raurica gemacht, Nutzungen angeschaut, Industriezonen ausgeschieden und auch Gewerbe-zonen. Weiter waren die Salzbohrtürme ein grosses Thema. Auch die Ökologie war ein wichtiges Anliegen. Das hier beiliegende Informationsblatt wurde den Bauwilligen abgegeben und es fruchtet bereits. Wenn man auf die Autobahn fährt, sieht man, dass vor den Cash und Carry Sickerteiche gebaut wurden. Die in der Broschüre ange-regten Sachen werden bereits jetzt schon umgesetzt. Es wurde viel Grünfläche über-baut. Das ist tatsächlich so. Leimgruber-Transport alleine wird 400 neue Arbeitsplätze bringen, diese Arbeitsplätze können wir gebrauchen. Aber und das muss gesagt sein: Mit dem, was bereits überbaut ist und dem, was noch kommt, haben wir unseren Teil für Logistik im Kanton abgeschlossen. Ich glaube nicht, dass wir dort unten noch mehr Logistikbetriebe zulassen können, weil irgendwann ein Kollaps eintritt und dann ist es zu spät. Die Kommission hat seinerzeit unisono zugestimmt und ich bitte Sie, dies so zu verabschieden.

Werner Graber: Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Ich habe gehofft, dass wir zum Be-schluss der Vorlage noch etwas gehört hätten. Es heisst dort: Der Einwohnerrat stimmt der vorliegenden Planung zu und überweist diese z. H. der Bau- und Pla-nungskommission. Wenn wir zugestimmt haben, was muss die Bau- und Planungs-kommission noch machen? Hier hätte ich gerne einen besseren Beschluss. Weiter Punkt 4.5 wird geändert auf 4.6.

ER-Präsident Christian Schäublin: Auch das Büro hat dies festgestellt und schlägt einstimmig vor, den Passus der Zustimmung zu streichen.

Roger Schneider: Unsere Fraktion sieht ein, dass dies eine wichtige Angelegenheit ist weil gebaut wurde, bevor geplant wurde. Sie ist für Eintreten; Fragen werden spä-ter gestellt.

Albert Willi: Die SVP-Fraktion ist auch für Eintreten. Es ist eine komische Vorlage, weil der Gemeinderat Zustimmung verlangt und trotzdem Überweisung an die Bau- und Planungskommission. Eine Bemerkung: Die Bau- und Planungskommission soll sich genau unterhalten über Art. 12 Abs. 4 a, der die Gemeinde für einen regelmässigen Unterhalt verpflichtet. Die Kostenfolgen für Pratteln sollten bekannt sein.

://: Eintreten ist unbestritten.

Kurt Lanz: Zur zweitletzten Seite des Planungsberichtes „Zusammenfassung und Behandlung der kantonalen Anliegen“ steht: „Im überarbeiteten Exemplar ist kein ÖV-Korridor mehr enthalten.“ Demzufolge war früher ein ÖV-Korridor geplant, der wieder herausgestrichen wurde. Dann wird ein neuer Korridor geplant; wann wird wohl dieser

gestrichen? Mir ist relativ wichtig, dass dem ÖV genügend Beachtung geschenkt wird und kann daher nur schwer damit leben, dass man einen Korridor ausscheidet und ihn wieder streicht.

Roger Schneider: Einige Punkte zur Bearbeitung durch die Bau- und Planungskommission: Uns war wichtig, dass man über alle 3 Teilgebiete das Gesamtkonzept „Ökologische Vernetzung“ ernst nimmt und zwingend berücksichtigt und umsetzt. Zur Spezialzone Rheinlehne: Ist es richtig, dass dieses Gebiet nun im Baugebietsperimeter ist? Es gibt hierzu widersprüchliche Angaben. Einerseits sind Neubauten zulässig wenn sie den Zielsetzungen nicht widersprechen; andererseits braucht es einen Quartierplan. Wann kommt der Quartierplan für den Bereich, der ausserhalb des Baugebietes liegt? Im Strassennetzplan ist ein Baugebietsperimeter eingezeichnet; im Zonenplan fehlt dieser. Eine weitere Frage ist: Warum werden die zulässigen Nutzungen nicht schon im Reglement zur Spezialzone definiert? Zone für ökologische Vernetzung: Ich bin dafür, die Freizeit- und Erholungsnutzung zu streichen und rein für die Natur und ökologische Vernetzung zu reservieren. Bei der Mutation Dürrenhübel war ich noch nicht im Einwohnerrat. Dort gab es Bestimmungen zur Querbarkeit von Strassen für Kleintiere. Analoge Aussagen fehlen hier. Im Strassennetzplan geht der Bereich, der im Zonenplan mit Mutation Schweizerhalle bezeichnet wird, darüber hinaus. Dies betrifft die Versorgungsroute Typ 1. Hier besteht ein Widerspruch zum Spezialrichtplan, weil die Kantonsstrasse nur dort durchgeführt wird, wie im Strassennetzplan angedeutet.

Albert Willi: Mein Vorredner hat viele Fragen und auch wir von der SVP sind uns auch nicht über alle Details im Klaren. Wir stellen den Antrag, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission zu überweisen, wie es der Gemeinderat vorschlägt.

Petra Ramseier: Eine Frage zum rot gedruckten Art. 7 Abs. 4. des Zonenreglements Siedlung: Die Fläche der Quartierläden für den täglichen Bedarf ist nicht definiert. Wir haben diesen Wert früher schon einmal festgelegt. Hat dies der Kanton gestrichen? Weiss man, was hier auf uns zukommt oder müssen wir unsere Ladenplanung umkrempeln?

GP Beat Stingelin: Die Bau- und Planungskommission soll die Frage von Petra Ramseier mit einbeziehen. Das ist der Weg und das Ergebnis wird im Kommissionsbericht stehen. Die Kommission wird nun neu zusammengesetzt. Die Überweisung an die Bau- und Planungskommission sieht auch der Gemeinderat und hat ihnen das daher vorgeschlagen; nur nicht ganz korrekt.

ER-Präsident Christian Schäublin: Der Beschluss auf S. 5 der Vorlage muss korrekt mit 4.6 bezeichnet werden. Weiter schlägt ihnen das Büro, den Beschluss wie folgt abzuändern: „Der Einwohnerrat überweist die vorliegende Planung zu Handen der Bau- und Planungskommission“.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Geschäft Nr. 2539

Totalrevision des Feuerwehrreglements (FWR) – Reglement über den Bevölkerungsschutz in der Gemeinde Pratteln (BSR)

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 27. Mai 2008

Eintreten

GR Ruedi Brassel: Sicherheit ist in unsere Gemeinde ein Belang der immer wieder genau angeschaut werden muss und die Reglemente sind periodisch zu überprüfen. Sicherheit ist auch ein Bereich, in dem Doppelspurigkeiten, komplizierte Entscheidungsverfahren und dergleichen zu vermeiden sind und klare Entscheidungsstrukturen notwendig sind. Die formelle Totalrevision dieses Reglements hat dazu geführt, dass beide Reglemente in eine gemeinsame Sicherheitskommission einmünden, was den Umbau beider Kompetenzbereiche zu Folge hatte, was Fragen aufwirft, die nachher zu klären sind oder in einer Kommissionsarbeit weiter behandelt werden. Wie sind die Kompetenzen „aufgegleist“, hat dies in dieser Form Bestand? Der Gemeinderat empfiehlt ihnen, dem hier liegenden Reglement zuzustimmen. Der Gemeinderat kann aber auch damit leben, das Geschäft einer Spezialkommission zu überweisen.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Überweisung an eine 7er-Spezialkommission. Das Feuerwehrreglement ist sehr umfangreich, es wurde abgeändert und es gibt ein Reglement über den Bevölkerungsschutz. Wir sind der Meinung, dass an diesem Feuerwehrreglement schon sehr lange gearbeitet wurde (es ist bereits der dritte Gemeinderat). Ich hoffe, dass wir es in der Kommission rasch behandeln und noch dieses Jahr im Einwohnerrat verabschieden können.

Kurt Lanz: Ich schliesse mich meinem Vorredner an. Die Reglemente gehen viele Leute etwas an und die Behandlung in einer Kommission ist daher mehr als gerecht.

Urs Hess: Das Dienstalter beginnt etwas spät. Dieses sollte von 20 bis 42 sein. Die Dienstpflicht ist auf 20 Jahre beschränken. Die Sicherheitskommission erweckt den Eindruck einer -etwas salopp ausgedrückt- „Inzuchtkommission“, die sich selber kontrolliert. Es gehören sicher mindesten 2 Einwohnerräte in die Kommission. Es fehlt eine Oberaufsicht. Darum muss das Geschäft an eine Kommission überwiesen werden.

Patrick Freund: Wir von der FDP-Fraktion sind ebenfalls für Eintreten auf das Geschäft und können den Antrag des Büros zur Überweisung an eine 7er-Kommission unterstützen. Es gibt tatsächlich verschiedene Fragen bei einem solch wichtigen Thema zu behandeln.

Stephan Ackermann: Auch die Grünen und Unabhängigen sind für eine Überweisung an eine Spezialkommission. Man muss nicht um jeden Preis „pressieren“ und wenn das Geschäft schon so lange beim Gemeinderat liegt, könnte sich das Eine oder Andere in der Zwischenzeit geändert haben.

Kurt Lanz: Das Reglement ist nicht nur beim Gemeinderat gelegen; es ging zwischen Kommission und Gemeinderat hin und her und hat eine Entwicklung durchgemacht. Da will ich den Gemeinderat in Schutz nehmen. Im jetzigen System sind noch Volksvertreter in der Feuerwehrkommission; die sind jetzt gänzlich ausgeschieden. Trotzdem darf es Volksvertreter in diesem Gremium haben, die von der Materie nicht so eine grosse Ahnung haben. Wenn nur Fachleute darin sind: Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Wenn man beim AKW Kaiseraugst nur auf die Fachleute gehört hätte, hätten wir heute dort ein Kraftwerk. Trotzdem bleibt zu überlegen, ob nur Fachleute ein gutes Gremium ist.

Rudolf Meury: Auch die CVP ist für eine Überweisung an eine Spezialkommission. Wie festgestellt, sind wir auch eine Fraktion. Ich schlage eine 9er-Kommission vor.

://: Eintreten ist unbestritten.

ER-Präsident Christian Schäublin: Das Büro hat den Antrag gestellt, das Geschäft an eine 7er-Kommission zu überweisen. Von Rudolf Meury wurde der Antrag auf Überweisung an eine 9er-Kommission gestellt.

Der Rat beschliesst mit 36 Stimmen gegen 1 Stimme mit einer Enthaltung:

://: Das Geschäft wird an eine 7er-Spezialkommission überwiesen.

Bildung der 7er Spezialkommission im Anschluss an die Sitzung:

„Geschäft Nr. 2539 Totalrevision des Feuerwehreglements (FWR) – Reglement über den Bevölkerungsschutz in der Gemeinde Pratteln (BSR)“

Die FDP verzichtet zu Gunsten der CVP auf ihren zweiten Kommissionssitz.

Kommission:

SP: Kurt Lanz (Präsident), Thomas Vogelsperger
SVP: Urs Schneider, Fredi Wiesner
FDP: Patrick Freund
CVP: Emanuel Trueb
G/U: Stephan Ackermann
Aktuariat: Marcel Schaub, AL Dienste Sicherheit

Fragestunde

Frage von Thomas Sollberger betr. „Solaranlage Kuspo“

GR Rolf Wehrli (in Vertretung für GR Felix Knöpfel): Zu unterscheiden sind Fotovoltaik-Anlagen zur Erzeugung von Strom und Solaranlagen zur Erzeugung von Wärme bzw. warmem Wasser.

1. Besteht ein Vertrag zwischen der Gemeinde Pratteln und der EBL und ist darin das späteste Realisierungsdatum festgehalten? Es liegt eine schriftliche Zustimmung des Gemeinderates mit Bedingung vor. Diese betreffen die Ästhetik, die mit dem Architekten der Kuspo abgesprochen werden muss. Ein konkretes Realisierungsdatum gibt es nicht; wir hoffen auf baldige Realisierung. Es geht in der Kostenschätzung um ca. CHF 600'000.00. Auf Grund der Investitionen ergibt sich ein Strompreis von CHF 0.60/KWh; der übliche Marktpreis ist CHF 0.20/KWh. Die Differenz wird bei der Swissgrid beantragt, die den kostendeckenden Beitrag zahlen würde. Das Gesuch wurde bereits durch die EBL gestellt. Die schriftliche Zustimmung des Gemeinderates wird als Vertrag gewertet.

2. Wie viel bezahlt die EBL für die Nutzung des Daches? Die EBL bezahlt nichts für die Nutzung des Daches; sie hat schon andere Anlagen errichtet bei der Kirche in Bubendorf oder beim Gewerbebau in Oberdorf.

3. Ist es auch anderen Organisationen möglich, sich für die Nutzung dieses Daches zu bewerben? Grundsätzlich steht jedes der Einwohnergemeinde gehörende Dach zur Verfügung und es steht jedem frei, sich zu bewerben.

Frage von Urs Hess betr. „Prattler Anzeiger – wie weiter?“

GP Beat Stingelin: *1. Wann wurde der Gemeinderat als Teilauftraggeber über diese Veränderung informiert und ist er damit einverstanden?* Der Prattler-Anzeiger ist seit längerer Zeit in Birsfelden, wo nun alle Anzeiger unter einem Dach sind. Eine Information wurde mir als Verwaltungsrat (ich bin dort von Amtes wegen) im Juni 2008 zuge stellt. Der Gemeinderat wurde hierüber durch mich informiert. Das im Dorf eingerich tete Büro wird praktisch nicht mehr benutzt. Heute gehen die Nachrichten per E-Mail.

2. Wie stellt der Gemeinderat die Vertretung der Interessen der Gemeinde Pratteln und ihrer Vereine in der neuen Zeitung sicher? Ich habe Einsitz und vertrete die Inte ressen von Pratteln. Darin sind auch Anton Lauber, Gemeindepräsident von Allschwil, Peter Vogt, Gemeindepräsident von Muttenz, Herr Ziltener, Gemeindeverwalter von Birsfelden. Die Gemeindepräsidenten der Bedienergemeinden sind also vertreten. Wir werden uns dort einbringen und auch unsere Interessen kund tun und Das bespre chen, was nicht gut ist. Während der Umstrukturierung war tatsächlich nicht Alles op timal, das ist jetzt vorbei.

3. Wie gross ist der Platzanteil, welcher den jeweiligen Gemeinden zur Verfügung stehen wird und um wie viel wird der redaktionelle Teil gekürzt? Es wird nichts ande res als bisher gemacht. Unsere Seite wird bleiben. Muttenz mit Gemeindeversamm lungen zweimal pro Jahr braucht mehr Seiten als wir jeden Monat mit dem Einwoh nerrat. Der Platz steht auch für Vereine zur Verfügung. Die früheren Platzkürzungen waren ärgerlich. Mittlerweile ist dies nicht mehr der Fall. Ob ein Artikel abgedruckt wird, ist immer noch in der Freiheit des Anzeigers. Die Information kommen gut. Der Prattler-Anzeiger ist auf einem Standard, wie er schon lange nicht mehr gewesen ist.

4. Ist der Gemeinderat bereit, die Herausgabe eines eigenen Wochenblattes analog anderer Baselbietergemeinden zu prüfen? Nein, dies rechnet sich nicht. Es müsste Jemand angestellt werden, der die redaktionelle Arbeit macht, mit den Vereinen Kon takt aufnimmt usw. Wir bezahlen pro Jahr heute rund CHF 60'000.00 und können für diesen Betrag Niemanden anstellen, der das Wochenblatt macht und auch noch ver schickt. Dies ist unmöglich. Im Prattler-Anzeiger sind Artikel in einer Qualität, die auch journalistisch hinterfragen. Dies würde sonst entfallen. Wir möchten Niemanden an stellen. Der Prattler-Anzeiger hat sich gut verbessert. Die Zusammenarbeit ist immer gut, wie Bruno Helfenberger bestätigen kann.

Urs Hess: Danke für Deine Antwort. Du als Verwaltungsrat hast Dich nur auf die Sei te verlassen, die über die Gemeinde berichtet und hast dazu Auskunft gegeben. Ich bin mit Dir einig, dass das Prattler-Blättli an Qualität gewonnen hat und daher hat mich aufgeschreckt, dass es komplett zusammengelegt wird und Geld gespart wer den soll. Und Geld kann nur gespart werden, wenn Redaktoren eingespart werden. Daher meine Fragen. Erstens: Wie gross ist die redaktionelle Kürzung? Wir haben 6 bis 8 Seiten redaktionelle Beiträge und wenn man kürzt, gehe ich davon aus, dass auch im redaktionellen Teil gekürzt wird. Zweitens möchte ich von Dir in deiner Funk tion als Verwaltungsrat wissen, wie sieht es aus mit dem Besuch bzw. dem Bericht über Vereinsanlässe, was bisher gut geklappt hat und wie kann sichergestellt werden, dass wir dies weiterhin so ist?

GP Beat Stingelin: Die Redaktionen wurden zusammengelegt. Dies ist vielleicht zum Nachteil der Redaktoren: Sie müssen mehr herumfahren, sie sind nicht nur in Prat teln, das war bisher schon so. Claus Perrig ist schon jetzt mit dem Laptop herumge fahren. Das Unternehmen will schliesslich rentieren, und es kamen Anfragen an die Gemeinden für mehr Geld. Die Gemeinden waren dazu nicht bereit und es wurden die internen Abläufe überprüft. Es gibt nun tatsächlich Leute, die nicht mehr dabei sind. Es ist nicht meine Aufgabe, mich darüber auszulassen, was die Zeitungsverlags AG macht; das wurde dort so beschlossen. Aber nicht, dass redaktionell gekürzt wird. Und zu den Vereinen -das ist die zweite Frage- wenn diese nicht mehr besucht wür-

den, dann teilt mir das bitte mit. Das war nie der Sinn des Ganzen. Das haben alle Gemeinde eingebracht.

Verabschiedung von Suzanne Vonwiller

ER-Präsident Christian Schäublin: Suzanne Vonwiller zieht nach Basel. Das ist der Grund für ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende August. Sie ist am 1. Juli 2007 in den Einwohnerrat Pratteln nachgerückt. Wir danken Suzanne Vonwiller für ihre Arbeit und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft.

Suzanne Vonwiller: Ich bedanke mich für die freundliche und offene Aufnahme, die ich hier als Einwohnerin und auch als Einwohnerrätin erlebt habe. Ich ziehe schweren Herzens von Pratteln weg. Dies war keine leichte Entscheidung, denn ich empfinde Pratteln als eine dynamische Gemeinde und habe es spannend gefunden, die Prozesse ein Stück weit mitzuverfolgen. Herzlichen Dank für die wohlwollende Aufnahme und ich wünsche gutes Gelingen für die spannenden Projekte und auf Wiedersehen.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 4. August 2008

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär-St.V.

Christian Schäublin Joachim Maass